

Pressemitteilung  
Kiel, 27.03.1998

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Jahreswirtschaftsbericht 1997: Kein Grund zur Entwarnung**

Anläßlich der abschließenden Kenntnisnahme des Landtages zum Jahreswirtschaftsbericht 1997 äußerte der wirtschaftspolitische Sprecher des SSW, Peter Gerckens, die Sorge seiner Partei, daß es trotz vieler positiver wirtschaftlicher Ansätze in den verschiedenen Gewerbebereichen noch kein Grund zur Entwarnung in Schleswig-Holstein gebe. Zwar sei auch 1997 wieder ein positives Wachstum der Wirtschaft in Schleswig-Holstein zu verzeichnen gewesen - besonders getragen durch die steigenden Exporte und die guten Auftragseingänge der Industrie - aber zur Lösung des entscheidenden Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit habe es nicht gereicht. Im Gegenteil sei die Arbeitslosigkeit auch 1997 weiter angestiegen und liege über den Bundesdurchschnitt.

Aus dem Jahreswirtschaftsbericht gehe hervor, daß die Arbeitslosigkeit in Landesteil Schleswig von 1996 bis 1997 von 10,5% auf 11,9% gestiegen sei, und somit weiter über den Landesdurchschnitt liege. Der Bericht zeige auch die geringe Industriedichte im Landesteil und damit den Mangel an Arbeitsplätzen in verarbeiteten Gewerbe. "Deshalb ist es kein Wunder, daß nahezu eine ganze Region auf die Barrikaden geht, wenn - wie in Kappeln geschehen - ein internationaler Konzern mehrere hundert Arbeitsplätze abbauen will - obwohl das Werk dort schwarze Zahlen schreibt. Jeder weitere Arbeitsplatzabbau ist von unserer Region nicht mehr zu verkraften," so Gerckens.

Peter Gerckens sicherte deshalb weiter die volle Unterstützung des SSW bei

allen Initiativen zu, die zur Stärkung der wirtschaftlichen Situation und zu neuen Arbeitsplätzen im Landesteil Schleswig und Schleswig-Holstein beitragen würden. Dazu gehöre unter anderem die Fortführung und Weiterentwicklung des Regionalprogramm, die Stärkung der Technologieförderung in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen - wo das Kieler Innovations- und Technologiezentrum ein gutes Exempel zur Nachahmung sei - sowie bessere Bedingungen in der Starthilfe für Existenzgründungen beispielsweise bei der Kreditvergabe.